

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, Platz zu nehmen, damit wir beginnen können. Ganz herzlich möchte ich Sie alle begrüßen, Sie, die Sie hierher gekommen sind, um uns zuzuhören, die anwesenden Journalisten, diejenigen, die zu uns gekommen sind, um uns als den Mitgliedern der Enquete-Kommission mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung ein Stück weiterzuhelfen, und auch den Kolleginnen und Kollegen in der Enquete-Kommission gilt mein Guten-Morgen-Gruß.

Die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ veranstaltet ihre öffentliche Anhörung zum Thema „Wissenschaft und Bildung in der DDR – politische Instrumentalisierung und ihre Folgen“ in den Räumen einer Institution, die mit ihrer Geschichte beispielhaft für die Brüche zu nehmen ist, die die deutsche Wissenschafts- und Bildungslandschaft geprägt haben. Der im Jahre 1700 gegründeten Akademie ging es immer dann gut, wenn ihren oft weltweit bekannten Mitgliedern die Möglichkeit zu unabhängiger Forschung eingeräumt wurde. Tiefpunkte in der Geschichte der Akademie, deren wechselnde Namensbezeichnungen ich hier nicht aufzuzählen brauche, waren jene Epochen, in denen totalitäre Diktaturen tief in deren innerstes Leben eingriffen. Die erste totalitäre Diktatur in Deutschland vertrieb zahlreiche international anerkannte Akademiemitglieder aus dem Land und blieb ständig darum bemüht, die Akademie in die politischen Ziele und Strukturen der nationalsozialistischen Herrschaft einzubinden.

Als die SMAD am 1. Juni 1946, dem 300. Geburtstag von Gottfried Wilhelm Leibniz, die „Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ wiedereröffnete, knüpfte man bewußt an das große preußische Vorbild an. Bereits 1949 begann dann allerdings eine Entwicklung, die die Akademie nach sowjetischem Vorbild zur „sozialistischen Forschungsakademie“ umgestalten sollte. Seit 1951 unmittelbar dem DDR-Ministerrat unterstellt, verlief dieser Umgestaltungsprozeß kontinuierlich weiter, der die Forschungs- und Meinungsfreiheit innerhalb der Akademie beendete und erneut zum Ausschluß politisch mißliebiger Mitglieder führte. Daß es trotzdem in der DDR-Akademie auch zahlreiche wissenschaftliche Höchstleistungen, die Fortführung großer Forschungsvorhaben und immer wieder auch Beweise kollegialer Solidarität gegeben hat, darf allerdings hier nicht unerwähnt bleiben. Die ideologische Ausrichtung auf die Beschlüsse von SED-Führung und DDR-Regierung wurde nach dem VIII. Parteitag der SED 1971/72 auch äußerlich durch die Umbenennung in „Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik“ deutlich kenntlich gemacht. Das letzte Statut von 1984 definierte als Aufgabe der Akademie die „Verantwortung für den Fortschritt der Wissenschaft in Theorie und Praxis und die Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse für die gesellschaftliche Entwicklung der DDR“.

Durch den Einigungsvertrag 1990 wurde ein Neubeginn der traditionsreichen Forschungseinrichtung eingeleitet, der mit dem Staatsvertrag zwischen den

Ländern Berlin und Brandenburg zur Gründung der „Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften“ weitergeführt wurde. Ich danke deren Leitung dafür, daß wir heute hier Gast sein dürfen.

In unserer heutigen Anhörung steht nun aber nicht die Berlin-Brandenburgische Akademie im Mittelpunkt des Interesses, sondern der Bereich von Wissenschaft und Bildung ganz allgemein. Die Enquete-Kommission interessiert sich dabei besonders für die politische Instrumentalisierung dieser Bereiche in der DDR durch die SED-Führung und deren Folgen bis heute. Ich danke den sachkundigen Gästen, die sich von uns einladen ließen. Wir werden uns mit unserem Thema nur ausschnitthaft beschäftigen können. Wissenschaft und Bildung sind gewiß mehr als Schule und Hochschule. Hier müßte beispielsweise auch über die berufliche Ausbildung, die unterschiedlichen Formen der Weiter- und Erwachsenenbildung, die politische Bildungsarbeit und die Tätigkeit von wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen außerhalb der Universitäten gesprochen werden. Aber unsere Enquete-Kommission hat es gelernt, den Mut zur Lücke zu praktizieren. Außerdem bieten die Fragerunden und die Fachkompetenz unserer Gäste gewiß Gelegenheit dazu, den Horizont der durch die Tagesordnung vorgegebenen Themen noch auszuweiten.

Heute sind auch im Blick auf Wissenschaft und Bildung in den neuen Bundesländern eher Klagen über Finanzierungslücken, das Weiterwirken alter Seilschaften, Standortnachteile und mannigfache andere Schwierigkeiten als die Anerkennung des schon Erreichten zu hören. Wir werden darüber nachher noch sehr genau sprechen müssen. In der Vorbereitung zu dieser Veranstaltung habe ich versucht, mir ein Bild davon zu verschaffen, was bisher tatsächlich geleistet wurde. Und ich muß sagen, trotz aller noch immer zu registrierenden Unzulänglichkeiten haben wir keinen Anlaß dazu, das bisher Erreichte geringzuschätzen. Der Bund, die Länder und unzählige Menschen in den neuen, aber auch viele in den alten Bundesländern haben hier intensiv und erfolgreich zusammengearbeitet.

Ich nenne thesenartig nur einige Fakten, die mir besonders erwähnenswert zu sein scheinen: Wissenschaft und Bildung waren in der DDR zentral organisiert, dem „sozialistischen Erziehungsauftrag“ verpflichtet und einer vollständigen ideologischen Kontrolle unterworfen. Der Anteil der Abiturienten an einem Altersjahrgang erreichte in der DDR der achtziger Jahre rund 13,5 Prozent und betrug damit nur die Hälfte der in der Bundesrepublik zur gleichen Zeit üblichen Quote. Die föderale Organisation von Wissenschaft und Bildung auf der Grundlage eines weltanschaulichen und gesellschaftlichen Pluralismus ist heute – und damit in einem sehr kurzen historischen Zeitraum – in den neuen Bundesländern weitgehend abgeschlossen. Zu Beginn des Schuljahres 1990 wurden den neuen Bundesländern rund 2,5 Millionen Schulbücher im Wert von mehr als 60 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Der Erneuerungsbedarf allein im Bereich der Schulen (Gebäude und Einrichtungen) wurde von der Kultusministerkonferenz auf nicht weniger als 18 Mrd. DM geschätzt. Solche

Summen können nur allmählich aufgebracht werden. Die Einführung der Bildungsförderung nach dem Berufsausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) in den neuen Bundesländern kostete 1994 etwa 456 Mio. DM und erreichte 120.000 Schüler und Studenten, also damit vorläufig eine wesentlich höhere Quote als in den alten Bundesländern. Für die Erneuerung der Hochschulen in den neuen Bundesländern standen bis Ende 1995 mindestens 2 Mrd. DM zur Verfügung. Für die Forschungsförderung wurden bis Ende 1995 ungefähr 500 Mio. DM bereitgestellt. Bis 1997 werden allein für die Schaffung von Studentenwohnraum rund 400 Mio. DM aufgewendet. Die Übergangsfinanzierung, die bis Ende 1991 den Instituten und Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften und anderer Akademien zur Verfügung stand, erreichte eine Größenordnung von insgesamt 1,3 Mrd. DM. Für die Forschung und Technologieentwicklung in den neuen Bundesländern wurden 1995 insgesamt 1,7 Mrd. DM eingesetzt.

Ich breche diese Aufzählung ab – man könnte sie fortsetzen –, weil ich nicht den Eindruck erwecken möchte, die Neustrukturierung von Wissenschaft und Bildung in den neuen Bundesländern sei allein ein finanzielles Problem. Trotzdem scheint es mir wichtig, daß die Transferleistungen und die Finanzierungsanstrengungen des Bundes, der Länder, der Kommunen und auch nichtstaatlicher Träger hier ein historisches Ausmaß erreicht haben. Mit Geld allerdings allein wäre nur wenig auszurichten gewesen. Noch sehr viel mehr als die gigantischen Geldsummen, die ich genannt habe, beeindruckten mich die vielfältigen Leistungen, die von Menschen erbracht worden sind, um den Umstrukturierungsprozeß voranzutreiben. Hier erkenne ich eine echte Gemeinschaftsleistung des vereinigten Deutschland, die nicht dadurch getrübt wird, daß es dabei auch menschliches Versagen gegeben hat und gibt. Ich verweise auf die grundlegende wichtige Arbeit der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, des Wissenschaftsrates und der Kultusministerkonferenz. Die Parlamente der neuen Bundesländer schufen bis 1991 die gesetzlichen Grundlagen für Reformen im Schulwesen. Allein im Land Mecklenburg-Vorpommern mußten ungefähr 500 Lehrpläne für die beruflichen Schulen erarbeitet werden. In den anderen neuen Bundesländern sind vergleichbare Zahlen festzustellen. Die in den Details oft schwierige Anerkennung der Abiturzeugnisse und anderer Berufsabschlüsse über Ländergrenzen hinweg konnte geregelt werden. Ganz besonders wichtig ist es mir, daß es gelang, die Benachteiligtenförderung, die es – wie auch den Beruf des Sozialpädagogen – in der DDR nicht gegeben hatte, unter Mitwirkung freier Träger auf eine feste Grundlage zu stellen. Ebenso wichtig finde ich, daß keiner der ca. 6.500 ausländischen Stipendiaten aus 95 Staaten und der etwa 1.200 im Ausland studierenden Bürger aus den neuen Bundesländern sein Studium abbrechen mußte.

In der Phase der Umgestaltung wirkten an den Universitäten und Hochschulen der neuen Bundesländer 630 Gastprofessoren. Daneben wurden 1.450 Lehraufträge und Lehrstuhlvertretungen finanziert, und etwa 370 Gründungsprofes-

soren und -rektoren leisteten Aufbauhilfe an Universitäten und Fachhochschulen der neuen Bundesländer. Was die Lehrerschaft und die Wissenschaftler, die sich in ungewohnte gesellschaftliche Verhältnisse, neue soziale Systeme und neue Lehrinhalte hineinfinden mußten, in den Jahren der Umgestaltung menschlich und sachlich geleistet haben, entzieht sich weithin der statistischen Aufrechnung. Es waren insgesamt Hunderttausende, die sich in völlig neue Verhältnisse hineinfinden und hineinarbeiten mußten und das auch getan haben. Wir sollten das nicht übersehen!

Die Freude über schon Erreichtes darf nun allerdings unseren Blick auch nicht trüben für all das, was erst noch getan werden muß. Manchmal habe ich den Eindruck, anstelle jedes zufriedenstellend gelösten Problems werden gleich zehn neue sichtbar. Auch die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ wird hier keine Patentrezepte vorschlagen, wir werden sie auch heute bei dieser Anhörung nicht entwickeln können. Unsere Anhörung wird aber, da bin ich ganz sicher, deutlich machen, wo die eigentliche Stärke unserer demokratischen Gesellschaft liegt: In dieser demokratischen Gesellschaft dürfen Probleme offen benannt, darf über Lösungsmöglichkeiten diskutiert und auch gestritten werden. Das ist oft recht anstrengend, macht zugleich aber immer wieder deutlich: Wir alle tragen Verantwortung. Ruhe ist nicht mehr die erste Bürgerpflicht. Wir brauchen die Gestaltung unserer Zukunft nicht mehr der Weisheit irgendwelcher ZK-Geontokraten zu überlassen, sondern sind aufgefordert, uns zu beteiligen, uns einzumischen, nachzufragen, Vorschläge zu erarbeiten und zu unterbreiten. Ich hoffe, daß unsere heutige Anhörung, der ich von hier aus ein gutes Gelingen wünsche, einen weiteren Beitrag zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur auch im Bereich von Wissenschaft und Bildung zu leisten vermag.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte nun den ersten der von uns eingeladenen, Herrn Professor Oskar Anweiler aus Bochum, um seinen Beitrag zum Thema „Die politische Instrumentalisierung von Bildung und Wissenschaft in der DDR und ihre Folgen“. Bitte, Herr Professor.

Prof. Dr. Oskar Anweiler: Das Thema, um das man mich im Einleitungsreferat gebeten hat – „Die politische Instrumentalisierung von Bildung und Wissenschaft in der DDR und ihre Folgen“ –, ist kein neues Thema. Daß Bildung und Wissenschaft in der DDR politisch instrumentalisiert worden sind, ist unumstritten; diskutiert und teilweise unterschiedlich beurteilt wird jedoch, in welchem Ausmaß das geschah, wie die Auswirkungen auf die einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen oder auf die Schule waren und mit welchen Folgen wir vielleicht heute noch rechnen müssen. Was ich Ihnen im folgenden vortragen möchte, beruht auf einer über dreißigjährigen wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Bildungspolitik und der pädagogischen Entwicklung in den ehemals kommunistisch regierten Staaten Osteuropas, vornehmlich der Sowjetunion, Polens und der DDR. Ich erwähne das, weil es keine isolierte Entwicklung in dem zweiten deutschen Staat gegeben hat, und daß deswegen viele